

Beschluss der 37. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 01.03.2014

Rechtsanspruch auf Förderung der Jugendarbeit durchsetzen!

Die Jugendarbeit ist ein zentraler Ort für die informelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Ziel der Kinder- und Jugendarbeit ist es, zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen beizutragen. Sie knüpft an den Interessen der jungen Menschen an und wird von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet. Die Selbstorganisation gesellschaftlicher nicht-kommerzieller Gruppen sowie die freiwillige Übernahme von Verantwortung für sich und andere ist in einer Zivilgesellschaft unverzichtbar. Das Engagement in den Jugendverbänden eröffnet Jugendlichen die Chance, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen, ihre sozialen Kompetenzen zu erweitern und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Das bedeutet nicht zuletzt auch die Mitwirkung in den demokratischen Strukturen der Gesellschaft. Jugendverbände ermöglichen Partizipation und Interessenvertretung junger Menschen. Dieser besondere Stellenwert der Jugendarbeit begründet auch ihren Rechtsanspruch auf Förderung. Das aktuelle Gutachten von Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Prof. Dr. Christian Bernzen u.a. unterstreicht diesen Rechtsanspruch eindrucksvoll.

Um die Angebote der Jugendarbeit insbesondere auch „vor Ort“ in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten, ist u.a. ein stabiler, struktureller Rahmen wichtig. Aufgrund der unterschiedlichen Schwerpunkte und Ausrichtungen der Jugendverbände gelingt es Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit, für alle jungen Menschen attraktive Angebote zu machen. Die dafür nötigen Rahmenbedingungen werden entscheidend auch von Politiker-inne-n auf den verschiedenen föderalen Ebenen geschaffen.

Entsprechend bedeutsam ist es, Jugendpolitik wieder in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit zu rücken, nicht zuletzt auch, weil in den letzten Jahren ein spürbarer Rückgang der Bedeutung von Jugendpolitik auf kommunaler Ebene zu bemerken ist. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang jedoch der Rückgang der kommunalen Förderungen von Jugendarbeit und die geringere Unterstützung für kommunale jugendpolitische Vertretungen wie die Jugendringe. Aufgrund des Fehlens entsprechender Ressourcen und Rahmenbedingungen müssen die überregional agierenden Jugendverbände die kommunale Jugendarbeit

sowohl personell, finanziell als auch fachlich immer mehr unterstützen, wodurch ihnen wiederum die entsprechenden Mittel für wichtige Aufgaben auf Landesebene fehlen. Doch Jugendverbände und Jugendgruppen haben ein Recht auf Förderung durch die zuständige Gebietskörperschaft - selbst in Zeiten „knapper Kassen“!

Daher fordern die Mitgliedsverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V.

- vom Land Niedersachsen und den Trägern der örtlichen Jugendhilfe, ihrer Gesamtverantwortung für ein bedarfsgerechtes Angebot, zu der auch die Finanzierungsverantwortung gehört, sowie ihrer Förderungs- und Gewährleistungsverpflichtung, die sich aus dem SGB VIII ergibt, wieder konsequent nachzukommen. Selbst Kommunen, die ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen oder die einen Entschuldungsvertrag mit dem Land abschließen, müssen dem Grunde nach weiterhin Leistungen nach den §§ 11, 12 SGB VIII erbringen.
- vom Land Niedersachsen und den Trägern der örtlichen Jugendhilfe eine regelmäßige Anpassung der Förderhöhe, insbesondere der Bildungsmittel und Freizeitmittel zur Gewährleistung der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben.
- vom Land Niedersachsen und den Trägern der örtlichen Jugendhilfe, den Jugendverbänden nicht nur konkrete Maßnahmen (z.B. Freizeiten, Seminare,...), sondern auch die dauerhafte Arbeit (Gruppenstunden, Gruppenräume, Material, politische Interessenvertretung,...) zu fördern. Da ein Grundmerkmal der Jugendverbände und Jugendgruppen die auf Dauer angelegte Arbeit ist, muss dementsprechend auch die Förderung der Jugendverbände und Jugendgruppen auf Dauer angelegt sein.
- die Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf, entsprechend der Vorgaben des SGB VIII über den Umfang der konkreten Förderung nach Bedarf und fachlichen Standards zu entscheiden und nicht nach der Haushaltssituation. Pauschale Kürzungen widersprechen dem.
- die Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf, den örtlichen Bedarf und Umfang der Angebote und Förderungen im Prozess einer Jugendhilfeplanung zu erfassen und im Rahmen eines Jugendhilfeausschusses zu beschließen. Im Rahmen der Gesamtverantwortung des öffentlichen Trägers stellt die Jugendhilfeplanung eine Pflichtaufgabe dar.
- Angebote öffentlicher und freier Träger nicht gegeneinander auszuspielen, sondern eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zu unterstützen, um ein plurales Angebot der Jugendarbeit sicherzustellen.

Ergänzend zu diesen Forderungen werden die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings Niedersachsen in ihren Strukturen verstärkt darauf hinwirken, Jugendarbeit und Jugendpolitik vor Ort zu stärken. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auch darauf gelegt werden, die kommunalen Jugendverbandsstrukturen darin zu unterstützen, Anträge auf kommunale Förderung zu stellen sowie zur Mitarbeit in Jugendhilfeausschüssen anzuregen und zu qualifizieren.

Beschluss der 37. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 01.03.2014

ePartizipation in der digitalen Gesellschaft

Beteiligung in der digitalen Gesellschaft braucht Transparenz und die Einbettung in politische Prozesse. Gelingende Partizipation erfordert, dass Beteiligung ernst gemeint und gewollt und ein Bezug zur Lebenswelt der Beteiligten gegeben ist. Genau hier kann ePartizipation Brücken bauen.

Selbstorganisation ist ein Strukturprinzip in der Arbeit von Jugendverbänden, Beteiligung ist ihr Thema! Genau wie viele gesellschaftliche Akteur-inne-n stehen auch sie heute vor der Herausforderung, die eigenen, gewachsenen Beteiligungsstrukturen wie z.B. Delegation und Repräsentation zu überprüfen, neue Formen zuzulassen, mit ihnen zu experimentieren und Beteiligungskulturen weiterzuentwickeln. ePartizipation bietet hierfür wichtige Impulse. Auch digitale Umgebungen stehen erst am Anfang. In den letzten Jahren ist die mobile Datennutzung enorm gestiegen und digitale Kommunikation hat sich vor allem in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen fest verankert. Wir können heute nicht absehen, wie diese Entwicklungen weitergehen und welche Formen digitaler Medien wir zukünftig nutzen werden. Daher ist es gerade heute wichtig, grundlegende Bedingungen für ein freiheitliches und demokratisches digitales Netz der Zukunft zu schaffen und Zugangsgerechtigkeit zu ermöglichen. Viele Fragen sind offen und müssen breit diskutiert werden: eine Herausforderung für Politik, Gesellschaft und das einzelne Individuum.

Netzpolitische Forderungen

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen fordern einen umfassenden Dialog aller gesellschaftlichen Akteur-inne-n für eine bestmögliche Netzpolitik. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Datenschutz, Privatsphäre (informationelle Selbstbestimmung), Urheberrechte und Netzneutralität mit dem Ziel, in unserer Gesellschaft Demokratie, Freiheit und Grundrechte in den digitalen Netzen sicherzustellen.

Das heißt vor allem:

- Freier Zugang zum Internet: Grundvoraussetzung für ein demokratisches, freiheitliches Netz ist die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilhabe am Internet für alle. Dies erfordert zum einen die flächendeckende Versorgung mit zukunftsgerichteten Breitband-Anschlüssen, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Darüber hinaus müssen die Nutzung des Internets und das Verfügen über zeitgemäße digitale Medien für alle Mitglieder der

Gesellschaft möglich sein. Zum Dritten gewährleistet Netzneutralität - also die wertneutrale Datenübermittlung im Internet - den gleichberechtigten Zugang zu Informationen.

- **Datenschutz und -sicherheit:** Die Gewährleistung von Datenschutz und Sicherheit ist eine zentrale Herausforderung für (Netz-) Politik. Die Bürgerinnen müssen jederzeit nachvollziehen können, wie ihre Daten von wem genutzt werden. Und sie müssen auf verstehbare Art und Weise die Nutzung steuern können.
- **Informationsfreiheit als Grundlage für Mitbestimmung:** Im Sinne von Open-Data und Open Government gilt es, offene und transparente Prozesse und Schnittstellen in den politischen Entscheidungen zu etablieren. Der einfache Zugang zu und das unmittelbare Auffinden von Informationen sind hier grundlegende Voraussetzungen, um Beteiligungsprozesse zu initiieren und zu verankern.
- **Qualifizierung und öffentliche Debatte:** Um eine möglichst breite Teilhabe an neuen Politik-Formen und Beteiligungsmöglichkeiten zu erreichen, bedarf es großer Anstrengungen. Medienkompetenz ist eine zentrale Schlüsselkompetenz der Zukunft und muss tief in der Gesellschaft verankert werden. Um eine digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, bedarf es entsprechend breit angelegter Maßnahmen und einer öffentlichen Debatte, die neue Formen von gesellschaftlicher Mitbestimmung und Teilhabe diskutiert und voranbringt.

Jugendpolitische Forderungen

Niedersachsen geht einen Erfolg versprechenden Weg in der medienpolitischen Debatte. Nun kommt es darauf an, Qualifizierungsbausteine nachhaltig zu verankern und Beteiligungsplattformen zu initiieren. Medienkompetenz muss als Querschnittsaufgabe verstanden, gefördert und etabliert werden. Dabei kommt dem Feld der Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zu - wird doch hier der Fokus auf gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung gelegt. Geeignete Ansatzpunkte bieten hier die vom Landesjugendring entwickelten Partizipationsmodelle, wie sie z.B. im Medienbaustein des landesweiten Förderprogramms Generation 2.0 sowie in der Qualifizierungsinitiative neXT-media und dem Projekt neXTvote erfolgreich erprobt und praktiziert werden. Auch die verschiedenen Jugendverbände nutzen digitale Medien wirksam zur verbandlichen Beteiligung und Kommunikation und entwickeln modellhafte Beteiligungsprojekte.

Jugendbeteiligung braucht geeignete Rahmenbedingungen und Erprobungsfelder - Beteiligung braucht Qualifikation! Die niedersächsischen Jugendverbände fordern daher, diese Ansätze weiter auszubauen, zu verstetigen und gesellschaftlich nutzbar zu machen.

Neben dem politischen Willen zur Förderung von Netzkompetenz sind der Austausch und die gemeinsame Weiterentwicklung geeigneter Beteiligungsformen von besonderer Bedeutung. Die Jugendverbände in Niedersachsen bringen ihre Expertise in den netzpolitischen Diskurs ein und fordern einen offenen und zukunftsorientierten Dialog zwischen allen netzpolitischen Akteur:innen.

Beschluss der 37. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 01.03.2014

Einführung einer einheitlichen Genderschreibweise

Sprache bedeutet mehr als nur Kommunikation!

Die Jugendverbände des Landesjugendrings treten seit jeher für eine solidarische Gesellschaft ein, in der alle die gleichen Möglichkeiten erhalten. Auch Sprache spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Auch wenn in den Publikationen der Geschäftsstelle des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. mittels „-“ bereits auf eine geschlechtersensible Schreibweise geachtet wird, ist eine gendersensible Sprache auf Verbandsebene bisher alles andere als einheitlich. Während manche Verbände das große Binnen-I (TeilnehmerInnen) verwenden, benutzen andere den sogenannten Gender-Gap (Teilnehmer_innen). Wieder andere bevorzugen die neutrale Form (Teilnehmende) oder haben die geschlechtersensible Sprache noch gar nicht in die alltägliche Sprachpraxis umgesetzt.

Mit diesem Thema werden sich die entsprechenden Strukturen und Gremien des Landesjugendring Niedersachsen e.V. (LJR) auseinandersetzen und es wird bis zur Vollversammlung 2015 ein Vorschlag zum weiteren Umgang mit einer gendergerechten Schreibweise im LJR erarbeitet. Darüber hinaus soll eine Übersicht über die in den Mitgliedsverbänden des LJR sowie bei relevanten Partnern des LJR jeweils genutzten Schreibweisen zusammengestellt werden.

Beschluss der 37. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 01.03.2014

Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Jugendarbeit und Schule“ im LJR

Die 37. ordentliche Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. beschließt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Jugendarbeit und Schule“ im LJR.

Zu den Aufgaben der AG „Jugendarbeit und Schule“ gehören:

- die Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Schullandschaft in Niedersachsen und die Beratung über deren Auswirkungen auf die Jugendverbandsarbeit
- der Austausch über Projekte/Kooperationen mit (Ganztags-)Schulen und LJR-Mitgliedsverbänden
- die Vernetzung der LJR-Mitgliedsverbände
- der Kontakt zu schulpolitischen Akteur-inn-en in Politik und Verwaltung
- die Erarbeitung einer neuen Rahmenvereinbarung zwischen dem Landesjugendring Niedersachsen e.V. und dem Niedersächsischen Kultusministerium zur Zusammenarbeit von Jugendverbänden und öffentlichen Ganztagschulen
- Ggf. Erarbeitung von Konzepten jugendverbandlicher Kooperationsformen für Ganztagschulen

Beschluss der 37. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 01.03.2014

Solidarität mit rumänischen und bulgarischen Arbeitnehmer-inne-n in Niedersachsen

Die Mitgliedsverbände des Landesjugendring Niedersachsen e.V. solidarisieren sich mit Arbeitnehmer-inne-n aus Bulgarien und Rumänien und treten auch weiterhin für ein tolerantes, weltoffenes und solidarisches Niedersachsen ein.

Seit dem 1. Januar 2014 gilt nach einer mehrjährigen Übergangszeit die unbeschränkte Arbeitnehmer-innen-Freizügigkeit auch für rumänische und bulgarische Staatsangehörige. Den Bürger-inne-n dieser beiden EU-Staaten werden damit die Rechte zuteil, die für Personen aus 25 anderen Mitgliedsstaaten bereits gelten.

Die öffentliche Debatte rund um den Stichtag wurde jedoch von rassistischen Anfeindungen, der Bedienung primitivster Ressentiments und unverantwortlicher Panikmache dominiert. Der Vorwurf, Arbeitnehmer-innen aus diesen beiden Mitgliedsstaaten betrieben eine sog. „Armutszuwanderung in die Sozialsysteme“, ist dabei nicht nur völlig falsch, sondern auch gefährlich. Mit Parolen dieser Art werden, insbesondere im Vorfeld der anstehenden Europawahlen, Rassismus geschürt und die europäische Solidarität massiv angegriffen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine Versachlichung der Debatte ein. Die europäische Idee darf nicht zugunsten nationalistischer Kampagnen geopfert werden, die der Ausgrenzung ganzer Personengruppen Vorschub leisten. Niedersachsen als Flächenland mit einem großen Landwirtschaftssector und zahlreichen Betrieben der fleischverarbeitenden Industrie ist stark von mobiler Beschäftigung betroffen. Diese Form der innereuropäischen Arbeitsmigration nimmt zu und häufig sind die Bedingungen, die die Arbeitnehmer-innen antreffen, katastrophal. Vor diesem Hintergrund wird die Absurdität der aktuellen Debatte besonders deutlich.

Die Mitgliedsverbände des Landesjugendring Niedersachsen e.V. sind sich ihrer Verantwortung für die Ausgestaltung eines solidarischen Miteinanders bewusst. Insbesondere die junge Generation hat die Möglichkeit, durch Begegnungen, Austausch und Dialog ein Klima der Toleranz zu fördern und sich klar gegen Rassismus und Ausgrenzung zu positionieren.